

GERHARD STICKEL

Zur Einrichtung eines Rats für die deutsche Sprache

On observe un intérêt grandissant de la population allemande pour sa langue. La réforme de l'orthographe a fait beaucoup de vagues. L'influence de l'anglais et le recul de l'utilisation et de l'apprentissage de l'allemand au niveau international inquiètent. Certains craignent la disparition de l'allemand en tant que langue de culture et proposent des mesures conservatoires à l'instar des lois linguistiques adoptées en France et en Pologne.

Le Professeur STICKEL, directeur de l'Institut pour la langue allemande, dresse un tableau succinct des organisations qui, d'une façon ou d'une autre, s'intéressent à la qualité et à l'évolution de la langue allemande pour arriver au constat que ces organisations travaillent de façon isolée, sans coordination. Pour améliorer cette situation, il propose de créer un conseil pour la langue allemande.

Sans se substituer aux organisations existantes, le conseil aurait comme mission de suivre l'évolution de la langue et de formuler, sur une base scientifique, des avis, des recommandations et des propositions en matière de politique linguistique.

Pour en garantir l'indépendance, ses membres devraient être nommés par le président de la République fédérale d'Allemagne.

1 Der Anlass

In der aktuellen Diskussion über die Zunahme von Anglizismen und andere umstrittene Entwicklungstendenzen des Deutschen ist wiederholt ein Gesetz zum Schutz der deutschen Sprache und die Einrichtung einer Sprachakademie verlangt worden¹. Eine verstärkte Förderung der deutschen Sprache im Inland und von Deutsch als Fremdsprache im Ausland wird auch von Wissenschaftlern gefordert, die gesetzliche

¹ Unter anderem von dem Berliner Innensenator ECKHARD WERTHEBACH (s. *Focus* 8/2001, S. 196) und dem Verein Deutsche Sprache (siehe S. 4).

Schutzmaßnahmen für ungeeignet halten². In diesen Zusammenhang gehört auch das Memorandum des Instituts für Deutsche Sprache "Politik für die deutsche Sprache", das als Anhang beigefügt ist.

2 Verhältnisse in anderen europäischen Ländern

Sprachschutzgesetze gibt es in Frankreich seit mehreren Jahren (*Loi Bas-Loriot 1975, Loi Toubon 1994*) und neuerdings auch in Polen. Staatliche oder staatlich finanzierte Akademien zur Förderung der jeweiligen Landessprache bestehen in fast allen europäischen Staaten, auch in den mittel- und osteuropäischen Ländern, die (bisher) nicht zur Europäischen Union gehören. In mehreren Ländern haben die Sprachakademien schon eine lange Tradition (in Italien seit 1582, in Frankreich seit 1635, in Spanien seit 1714). Einige Staaten ohne Sprachakademie verfügen über andere zentrale Institutionen für ihre Nationalsprache bzw ihre verschiedenen offiziellen Landessprachen. So hat jedes der nordischen Länder einen staatlich beauftragten Sprachrat und Finnland ein zentrales Forschungsinstitut für seine (offiziellen) Sprachen. Die Sprachenräte der nordischen Länder arbeiten im Nordischen Sprachenrat zusammen. Die Niederlande und Flandern unterhalten gemeinsam die Niederländische Sprachunion (*Nederlandse Taalunie*), die sich um die Förderung und Entwicklung der niederländischen Sprache in den Niederlanden und im flämischen Teil von Belgien kümmert. Eine bemerkenswerte Ausnahme ist Großbritannien, das über keine Sprachakademie oder sonstige zentrale Sprachinstitution verfügt. Ein Teil der Aufgaben, die in anderen Ländern von Akademien wahrgenommen werden, liegt im Vereinigten Königreich in den Händen von Verlagen (bes Oxford University Press) und einzelnen Hochschulinstituten.

3 Die Situation in Deutschland

Ein Gesetz zum Schutz der deutschen Sprache gibt es nicht. Es gibt lediglich einige gesetzliche Bestimmungen, die den Gebrauch der deutschen Sprache in einzelnen Sach- und Fachbereichen (u a in der

² Siehe u a TUTZINGER *Thesen zur Sprachenpolitik in Europa* 293/296 in *Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes* H 2-3.2000, *Homburger Empfehlungen zur Förderung der europäischen Hochsprachen* 387/389 in KONRAD EHlich / JAKOB OSSNER / HARRO STAMMERJOHANN Hgg *Hochsprachen in Europa. Entstehung, Geltung, Zukunft* Freiburg i Br.

öffentlichen Verwaltung, im Gerichtswesen und im Handelsrecht) vorschreiben. Ein Sprachschutzgesetz wurde selbst in Zeiten von staatlich gefördertem Sprachpurismus während des wilhelminischen Kaiserreichs und im "Dritten Reich" 1933 bis 1945 nicht erlassen. Es soll auch hier nicht vorgeschlagen werden. Bevor ein umfassendes Sprach- oder Sprachschutzgesetz überhaupt ernsthaft erwogen wird, müssten die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen geprüft und juristisch wie linguistisch geklärt werden, wen oder was ein solches Gesetz vor wem oder wovor schützen soll. Eine solche Klärung könnte zu den Aufgaben eines "Rats für die deutsche Sprache" gehören, der im Folgenden erläutert werden soll.

Vorschläge und Versuche, in Deutschland oder für das gesamte deutsche Sprachgebiet eine Sprachakademie oder eine andere zentrale Sprachinstitution einzurichten, wurden seit den barocken Sprachgesellschaften und auch nach LEIBNIZ' *Empfehlung* von 1682/83, eine 'Deutschgesinnte Gesellschaft' zu errichten, immer wieder gemacht. Mit Ausnahme kurz-lebiger Sprachbehörden wie dem Deutschen Sprachpflegeamt und dem Sprachamt der Deutschen Akademie, die während der Nazizeit gegründet und zunehmend zur politischen Propaganda genutzt wurden, ist es aber nie zu einer Einrichtung gekommen, die auch nur annähernd mit den zentralen Sprachinstitutionen anderer europäischer Länder vergleichbar wäre³.

Ein institutionelles Vakuum herrscht in Deutschland jedoch nicht. Der Deutschunterricht ist als Hauptfach an *Schulen* fast aller Arten und Stufen fest etabliert. Neben den *Germanistischen Seminaren* der Hochschulen und germanistischen und sprachwissenschaftlichen *Fachverbänden* gibt es eine Vielzahl von Institutionen und Organisationen, darunter auch staatlich finanzierte Einrichtungen, die sich mit der Erforschung, Pflege und Vermittlung der deutschen Sprache befassen⁴. Sie tun dies aber weitgehend unabhängig voneinander und mit verschiedenartigen Zielen.

Als besonders wichtig lassen sich mit einigen erläuternden Bemerkungen (nicht erschöpfenden Beschreibungen) die folgenden nennen:

An eine Sprachakademie gemahnt mit ihrem Namen am ehesten die mit öffentlichen Mitteln geförderte *Deutsche Akademie für Sprache und*

³ Hierzu im Einzelnen: FLAMM TRAUGOTT 1994 *Eine deutsche Sprachakademie. Gründungsversuche und Ursache des Scheiterns (von den Sprachgesellschaften des 17. Jahrhunderts bis 1945)* Frankfurt a M / Berlin usw.

⁴ Eine Übersicht bietet die Dokumentation: Gesellschaft für deutsche Sprache / Institut für Deutsche Sprache Hgg 1999 *Förderung der Sprachkultur in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme* Wiesbaden.

Dichtung mit Sitz in Darmstadt. Sie ist eine Vereinigung namhafter Schriftsteller, Literaten und einzelner Sprachwissenschaftler, die sich zweimal jährlich zu Tagungen über aktuelle literarische, gelegentlich auch sprachliche Fragen treffen. Ihr Ansehen beruht u. a. auf der Vergabe von Literaturpreisen, darunter dem begehrten Georg-Büchner-Preis. Zur Förderung der Sprachkultur trägt sie auch durch Preisfragen und Auszeichnung von Preisschriften bei, die neben literarischen auch sprachlichen Themen gelten. Mit größeren Vorhaben zur Erforschung und Förderung der deutschen Sprache kann sich diese Akademie aber nicht befassen, weil sie neben ihrer kleinen Geschäftsstelle weder feste Arbeitseinrichtungen noch eigenes wissenschaftliches Personal hat⁵.

Einige der regionalen *Akademien der Wissenschaften* betreiben einzelne, meist längerfristige Forschungsvorhaben zur deutschen Sprache.

Es sind meist lexikographische Unternehmungen wie das Deutsche Wörterbuch ('Grimm'), das arbeitsteilig an der *Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften* und der *Göttinger Akademie der Wissenschaften* neu bearbeitet wird. Neuerdings veranstalten einzelne Akademien auch Tagungen zu sprachlichen Themen, so die *Mainzer Akademie der Wissenschaften und der Literatur*⁶ und die *Sächsische Akademie der Wissenschaften*⁷.

Aufgaben der Sprachpflege durch Sprachberatung und Sprachkritik hat die ebenfalls staatlich geförderte *Gesellschaft für deutsche Sprache* mit Sitz in Wiesbaden. Für ihre rund 3 000 Mitglieder gibt es Zweigstellen in mehreren deutschen und anderen europäischen und außereuropäischen Städten. Neben der Veranstaltung von Vorträgen und Tagungen zu aktuellen sprachlichen Themen gibt die Gesellschaft zwei Zeitschriften heraus und unterhält in ihrer Wiesbadener Geschäftsstelle einen Sprachberatungsdienst. Sie pflegt auch Beziehungen zu Sprachvereinen in anderen Staaten, besonders in Frankreich.

⁵ Das auch sprachpolitisch interessante Akademieprojekt zum öffentlichen Sprachgebrauch wurde Anfang der 80-er Jahre zum großen Teil mit Beiträgen Akademieexterner bestritten. (*Der öffentliche Sprachgebrauch 1980/1982*, hrsg. v. der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung 3 Bde, Stuttgart).

⁶ Hierzu FRIEDHELM DEBUS / FRANZ GUSTAV KOLLMANN / UWE PÖRKSEN Hgg. *Deutsch als Wissenschaftssprache im 20. Jahrhundert* Vorträge des Internationalen Symposiums vom 18/19 Januar 2000, Stuttgart 2000.

⁷ Hierzu: "Werkzeug Sprache" – *Sprachpolitik, Sprachfähigkeit, Sprache und Macht* 1999.3, Symposium der deutschen Akademien der Wissenschaften, hrsg. v. der Union der Deutschen Akademien der Wissenschaften u. der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Hildesheim / Zürich / New York.

Die zentrale wissenschaftliche Einrichtung für die Landessprache ist das *Institut für Deutsche Sprache (IDS)* mit Sitz in Mannheim, das als Institut in der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam von Bund und Ländern finanziert wird⁸. Seit der Übernahme von 22 Wissenschaftlern aus dem (aufgelösten) Zentralinstitut für Sprachwissenschaft der früheren Akademie der Wissenschaften der DDR arbeiten dort rund 100 Mitarbeiter, darunter 70 Wissenschaftler an meist größeren Vorhaben zur Erforschung und Dokumentation der deutschen Gegenwartssprache und ihrer neueren Geschichte. An seiner Forschungsplanung ist ein Beirat aus Germanistikprofessoren von deutschen, österreichischen und schweizerischen Universitäten beteiligt. Anders als die Sprachakademien in anderen europäischen Staaten oder auch die Niederländische Sprachunion hat das IDS aber keinen normativen oder sprachpflegerischen Auftrag. Mit einer normativen Aufgabe hat es nur mittelbar zu tun: die Zwischenstaatliche Kommission für die deutsche Rechtschreibung, deren Mitglieder von den deutschsprachigen Staaten bestellt werden, hat ihre Geschäftsstelle am IDS. Seit kurzem ist das Institut auch in einem Arbeitskreis aus Sprachakademien und Sprachinstitutionen mehrerer europäischer Staaten vertreten, der sich vor allem mit Fragen der Erhaltung und Weiterentwicklung der Mehrsprachigkeit in Europa befasst. Einen sprachpolitischen Auftrag der EU oder einzelner Staaten hat dieser Arbeitskreis bisher nicht⁹.

Die größte Einrichtung zur Verbreitung und Förderung der deutschen Sprache (und Kultur) im Ausland ist das *Goethe-Institut* (neuerdings: *Goethe-Institut Inter Nationes*) mit seinen derzeit 12 Inlandsinstituten und über 100 Zweiginstituten im nichtdeutschsprachigen Ausland. Für seine Aufgabe der Sprachvermittlung lässt es sich durch einen Beirat "Sprache" beraten, dem Fachleute für deutsche Sprache und Sprachdidaktik angehören.

Die Förderung der deutschen Sprache als Teil des Fachs Germanistik an ausländischen Hochschulen ist eine der Aufgaben des *Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD)*, der hierzu mehrere Programme zur Vermittlung von Lektoren und Gastdozenten und zur organisatorischen Unterstützung der Germanistik in verschiedenen Ländern hat.

⁸ Die Federführung bei der Finanzierung hat das 'Sitzland' Baden-Württemberg.

⁹ Der europäische Arbeitskreis aus Sprachakademien und 'nationalen' Sprachinstituten konstituierte sich im Dezember 2000 am IDS in Mannheim. Seine zweite Konferenz findet im Oktober 2001 an der Accademia della Crusca in Florenz statt.

Neben den staatlichen und staatlich geförderten Einrichtungen sind auch die Verlage zu nennen, deren Publikationen zur deutschen Sprache besonderes Ansehen genießen. Am bekanntesten sind die Wörterbücher und anderen Nachschlagewerke der *Dudenredaktion* des Verlags *Bibliographisches Institut und Brockhaus AG*. Ebenfalls weitverbreitet sind die konkurrierenden Nachschlagewerke des *Bertelsmann Lexikon Verlags GmbH*. Hinzu kommen die verschiedenen *Schulbuchverlage* mit ihren Unterrichtswerken für den Deutschunterricht in Schulen und Weiterbildungseinrichtungen.

Eine besondere Bedeutung sowohl für die Erhaltung wie auch für die Veränderung des Sprachgebrauchs haben bekanntlich die Massenmedien *Zeitung, Rundfunk und Fernsehen*. Die Redaktionen einzelner Zeitungen und Sender beteiligen sich lebhaft an der öffentlichen Diskussion aktueller sprachlicher und sprachpolitischer Themen.

In Deutschland herrscht also durchaus kein Mangel an Instituten und Organisationen. Wie aber der bis vor einem Jahr anhaltende öffentliche Streit über die Reform der deutschen Rechtschreibung und die inzwischen fast ebenso lebhaft diskutierte Diskussion über die Anglizismen im Deutschen zeigen, fehlt eine anerkannte Instanz, die sachkundig zur Bündelung der sprachpolitischen Meinungs- und Willensbildung in Deutschland beitragen könnte. Es fehlt an Abstimmung oder gar klarer Arbeitsteilung der bisher weitgehend unabhängig voneinander und manchmal auch disparat handelnden Sprachinstitutionen. Symptomatisch für das derzeitige Defizit ist ein Verein, der 1997 als 'Verein zur Rettung der deutschen Sprache' gegründet, dann in 'Verein zur Wahrung der deutschen Sprache' umbenannt wurde, nun als *Verein Deutsche Sprache* (nach eigenen Angaben) über 10 000 Mitglieder hat und in plakativen, manchmal auch problematischen Aktionen gegen den Gebrauch von Anglizismen im Deutschen kämpft¹⁰.

¹⁰ Dies u. a. mit der Begründung, die deutsche Sprache erleide "durch den übermäßigen Zustrom von Wörtern und Wendungen aus dem angloamerikanischen Sprachraum nicht wieder gutzumachende Schäden mit zerstörerischen Folgen für die Selbstfindung des Individuums" (aus: *Leitlinien* 2. Aufl., Juni 2000, veröffentlicht im Internet unter www.vds-ev.de/ueberuns/leitlinien.htm). Siehe auch die sieben Thesen des auf Initiative des Vereins im Februar 2001 gegründeten "Berliner Sprachbündnisses" unter www.vds-ev.de/aktuelles/berliner-sprachbueundnis/thesen.htm.

4 Aufgaben eines “Rats für die deutsche Sprache“

Wie in dem als Anhang beigefügten Memorandum (Punkt 11) wird die Einrichtung eines *Rats für die deutsche Sprache* (kurz: *Sprachrat*) vorgeschlagen. Dieser Sprachrat soll keine der bestehenden Sprachinstitutionen, Sprachvereine oder sprachpolitischen Bürgerbewegungen ersetzen oder behindern, er soll vielmehr in wissenschaftlich gestützter und kontrollierter Weise über die Situation und die laufende Entwicklung der deutschen Sprache beraten und sprachpolitische Maßnahmen empfehlen bzw. Stellungnahmen zu geplanten Maßnahmen abgeben. Der Sprachrat sollte keine normative Funktionen einer traditionellen Sprachakademie haben, d. h. nicht aus eigener Autorität entscheiden, was zur deutschen Sprache gehört und was nicht, zumal die herkömmliche Vorstellung von der generellen Machbarkeit einer Sprache linguistisch überholt ist. Er soll jedoch aufgrund seiner Befunde und Einschätzung zur öffentlichen kritischen Meinungsbildung über Sprachgebrauch und Sprachveränderungen in wichtigen Lebensbereichen beitragen. Angesichts des bisherigen Informations- und Abstimmungsdefizits soll der Sprachrat insbesondere auch das Sprachwissen, die sprachwissenschaftliche und sprachdidaktische Kompetenz, die in den verschiedenen mit der Erforschung, Vermittlung und Pflege der deutschen Sprache befassten Institutionen vorhanden sind, bündeln und im Hinblick auf größere Förderungsmaßnahmen abstimmen helfen. Zum Pflichten-katalog des Rats für die deutsche Sprache sollten also folgende Aufgaben gehören:

- 1 Regelmäßiger Informations- und Meinungsaustausch zwischen den ‘großen’ Einrichtungen zur Erforschung, Pflege und Vermittlung der deutschen Sprache.
- 2 Beobachtung und Erörterung der jeweils aktuellen Entwicklung der deutschen Sprache in Deutschland, auch unter Berücksichtigung der innerdeutschen Sprachvarianz und Mehrsprachigkeit, gestützt auf wissenschaftliche Erhebungen und Beschreibungen¹¹.
- 3 Beobachtung und Erörterung des Gebrauchs der deutschen Sprache im nichtdeutschsprachigen Ausland und der Vermittlung von Deutsch

¹¹ Zu berücksichtigen ist hierbei auch der Kontakt der deutschen Sprache mit den Minderheitensprachen und den Sprachen der Migranten und ihrer Nachkommen in Deutschland.

als Fremd- und Zweitsprache im In- und Ausland, ebenfalls gestützt auf wissenschaftliche Erhebungen und Beschreibung¹².

- 4 Anregung, möglichst auch Vergabe von Forschungsaufträgen zu 2 und 3.
- 5 Erarbeitung und Veröffentlichung von Fünfjahresberichten zur Situation der deutschen Sprache.
- 6 Empfehlungen zu einzelnen sprachlichen Bereichen (zB Fachsprachen, Mediensprache, Sprachunterricht, Mehrsprachigkeit) an die mit sprachpolitischen Fragen befassten staatlichen Instanzen und die mit Spracherziehung und Sprachbildung befassten Einrichtungen. Stellungnahmen zu sprachpolitischen Vorhaben.
- 7 Informations- und Meinungsaustausch mit Sprachinstitutionen und Fachleuten aus den anderen deutschsprachigen Staaten und Regionen.

Zusammenarbeit mit zentralen Sprachinstitutionen anderer europäischer Staaten.

5 Zusammensetzung

Der Sprachrat könnte aus 16 Mitgliedern bestehen, von denen aber nur etwa die Hälfte Sprachwissenschaftler oder Sprachdidaktiker sein sollten. Einige Mitglieder sollten auch aus anderen 'sprachintensiven' Praxisfeldern kommen, also u a aus Schule, Literatur, Rechtswesen, Medien und Verlagen. Um eine anregende fachliche Mischung zu erreichen, könnten acht auf Vorschlag der größeren Sprachinstitutionen (IDS, GfdS, Dte Akademie für Sprache u Dichtung) und acht auf Vorschlag der KMK und des Bundes berufen werden, und zwar auf zunächst sechs Jahre. Die Mitglieder sollten nicht hauptberuflich im Sprachrat arbeiten, aber für ihre Tätigkeit dort vergütet werden, zumal diese mit monatlichen Sitzungen verbunden wäre. (Ein reines Honoratiorengremium mit jährlichem oder halbjährlichem Sitzungsturnus würde nur wenig bewirken.) Der Sprachrat

¹² Hierher gehört auch die Beobachtung und Untersuchung des Gebrauchs von Deutsch bei den europäischen Behörden und internationalen Organisationen und multinationalen Firmen.

sollte keine 'nachgeordnete' Einrichtung der jeweiligen Bundesregierung oder der Landesregierungen sein. Deshalb sollten die Mitglieder möglichst vom Bundespräsidenten berufen werden. Zu den berufenen Mitgliedern müsste ein hauptberuflicher Geschäftsführer, zwei wiss Mitarbeiter und eine Schreibkraft kommen. Schon mittelfristig sollte nach Wegen gesucht werden, den Sprachrat zu einer gemeinsamen Institution der deutschsprachigen Staaten zu machen, ähnlich der erwähnten "Sprachunion" der Niederlande und Flanderns. Dem wären der Aufgabenkatalog, die Zusammensetzung des Gremiums und die Berufung der Mitglieder anzupassen¹³.

6 Vorbereitung

Über den endgültigen Aufgabenkatalog, die Zusammensetzung und die Verfahren des Sprachrats, die hier nur skizziert werden, sollte zunächst eine kleine Arbeitsgruppe beraten, die von der KMK und dem Bund mit der Planung und organisatorischen Vorbereitung beauftragt werden sollte. Das Institut für Deutsche Sprache ist bereit, in einer solchen Vorbereitungs-gruppe mitzuarbeiten.

Memorandum

Politik für die deutsche Sprache¹⁴

Der Rückgang der Germanistik und des Deutschunterrichts im nichtdeutschsprachigen Ausland ist unter anderem bedingt durch die zunehmende internationale Verflechtung wirtschaftlicher Prozesse und politischer Beziehungen, die schon aus ökonomischen Gründen zu sprachlicher Vereinfachung und Vereinheitlichung drängt, und zwar durchweg zu einer 'globalisierten' Varietät des Englischen. Dies schwächt wichtige kommunikationspraktische Motive, Deutsch zu lernen und sich vielleicht sogar mit deutscher Literatur zu befassen. Betroffen sind von dieser Entwicklung neben dem Deutschen auch andere europäische

¹³ Die zwischenstaatliche Kommission für die deutsche Rechtschreibung hat 12 Mitglieder, und zwar sechs Deutsche und je drei Österreicher und Schweizer. Diese Kommission ist ein Auftragsgremium der zuständigen staatlichen Stellen.

¹⁴ Im April 2001 mehreren Bundes- und Landesministerien und der Ständigen Konferenz der Kultusministerien der Länder (KMK) übersandt und abgedruckt im *Sprachreport* H 3.2001, S 8/10.

Sprachen, die ebenfalls ein lange Tradition als Lern- und Studiengegenstände außerhalb ihrer jeweiligen Sprachgebiete haben.

Manche Auslandsgermanisten bringen das abnehmende Interesse an deutscher Sprache und Literatur in ihren Ländern auch in Zusammenhang mit der geringen Bedeutung, die ein Teil der Deutschen ihrer eigenen Sprache zumessen, mit der offenkundigen Bereitschaft vieler Deutscher in Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Unterhaltungsindustrie in ihren jeweiligen Domänen die deutsche Sprache zu Gunsten der englischen aufzugeben. Warum soll man die Sprache von Menschen lernen und lehren, von denen viele eben dieser Sprache gegenüber gleichgültig, unsicher, manchmal sogar ablehnend eingestellt sind?

Die derzeitigen Schwierigkeiten der Auslandsgermanistik und des Unterrichts in Deutsch als Fremdsprache gehören zu den vielen Anlässen und Gründen, für die deutsche Sprachpolitik eine klare Orientierung zu gewinnen.

Gegen die wirtschaftliche und politische 'Globalisierung' gibt es keine sprachpolitischen Argumente. Erforderlich ist aber eine aktive Auseinandersetzung mit ihren Begleiterscheinungen und absehbaren Folgen für die deutsche und andere europäische Sprachen. Für die deutsche Sprachpolitik und das sprachspezifische Handeln deutscher Institutionen liegt es nahe, die Bemühungen um die eigene Sprache nicht auf das Inland zu beschränken, sondern stets auch in Zusammenhängen mit der internationalen Sprachentwicklung, speziell im (derzeit noch) vielsprachigen Europa zu sehen. Hierzu sollen die folgenden Überlegungen und Empfehlungen anregen.

- 1 Die deutsche Sprache ist in Deutschland und den anderen deutschsprachigen Staaten und Regionen das wichtigste Träger- und Gestaltungsmedium von Kultur im weitesten Sinn. Als Standardsprache ermöglicht sie in ihrem Geltungsbereich einen Sprachverkehr maximaler Reichweite und unterstützt die kulturelle Identifikation ihrer Sprecherinnen und Sprecher. Auf ihr und den anderen europäischen Sprachen gründet der kulturelle Reichtum Europas in seiner historischen Tiefe und gegenwärtigen Vielfalt.
- 2 Der Fortbestand und die sprachtypische Weiterentwicklung des Deutschen wie auch anderer europäischer Sprachen ist nicht längerfristig gesichert. Die politische und wirtschaftliche Integration Europas in der Europäischen Union wie auch die zunehmende Internationalisierung wirtschaftlicher, politischer und wissenschaftlicher Kommunikation in Verbindung mit einer weltweiten alltags- und trivialkulturellen Vereinheitlichung können dazu führen, dass

immer mehr Gebrauchsdomänen der deutschen Sprache (wie auch anderer europäischer Sprachen) zugunsten einer internationalen Varietät des Englischen aufgegeben werden. Zur Zeit gilt dies für weite Bereiche der Naturwissenschaften und einzelne Sozialwissenschaften, für Teile der Wirtschaft, einschließlich der Unterhaltungsindustrie, und einzelne Bereiche der Politik. Langfristig kann dies zu einer Reduzierung der Domänen des Deutschen auf private Lebensbereiche und Folklorenischen führen.

- 3 Falls man die weitere Sprachentwicklung nicht in wirtschaftsliberaler Gelassenheit ausschließlich den ökonomischen und kommunikations-ökonomischen Bedürfnissen des Markts überlassen will, ist gegenzusteuern. Nicht etwa durch ein Sprachschutzgesetz, wie es neuerdings wieder einmal gefordert wird, sondern durch bessere Spracherziehung, einschließlich des Fremdsprachenunterrichts, intensive Sprachforschung und vielfältige und fantasievolle, auch über die Medien vermittelte Sprachkritik und Sprachberatung.
- 4 Ziel des schulischen Deutschunterrichts im Inland ist eine mündliche und schriftliche Kompetenz, die zur vollen Beteiligung am gesellschaftlichen Leben befähigt. Deshalb muss Deutsch, besonders die Standardsprache, in allen Schularten und auf allen Klassenstufen als Hauptfach unterrichtet werden.
- 5 Zur Erhaltung der europäischen Sprachenvielfalt wie mittelbar zum Verständnis der eigenen Sprache trägt auch der Fremdsprachenunterricht bei. Dieser soll in der Grundschule einsetzen. Ziel ist die mündliche und schriftliche Handlungsfähigkeit möglichst vieler Deutscher in zwei europäischen Fremdsprachen sowie Lesekompetenz und Hörverständnis in weiteren Sprachen. Eine der Fremdsprachen sollte Englisch sein, möglichst aber nicht die erste. Generell sollten Nachbarschaftssprachen in schulischen Sprachangebot Vorrang haben.
- 6 Migranten werden unterstützt, Deutsch als Zweitsprache zu erlernen. Hierzu erhalten Kinder und Erwachsene ein ihnen angemessenes Unterrichtsangebot. Das Recht der Migranten auf ihre Erstsprache bleibt unberührt.
- 7 Deutsche Wissenschaftler sollen zu einer entwickelten Zwei- oder Mehrsprachigkeit angehalten werden. Das heißt, sie sollen schon im Interesse der internationalen Fachkommunikation weiterhin ungehindert auf Englisch publizieren. Sie sollen daneben aber auch deutsch schreiben und vortragen, um Deutsch als Fachsprache weiterzuentwickeln und sich hin und wieder auch ihren

wissenschaftlich interessierten deutschsprachigen Mitbürgern verständlich zu machen.

- 8 Deutsche Mittlerorganisationen für den wissenschaftlichen Austausch sollten nicht in Überschätzung von Englisch als uneingeschränkt gültiger und verfügbarer wissenschaftlicher Globalsprache bei ausländischen Stipendiaten auf schon vorhandene bzw im Inland zu vermittelnde Deutschkenntnisse verzichten. Hier sind fachspezifische und individuelle Differenzierungen erforderlich.
- 9 Institutionen, die wie das Goethe-Institut mit der Vermittlung von deutscher Sprache und Kultur im Ausland befasst sind, aber auch der DAAD mit seinen Förderprogrammen für die Germanistik, sollten dem politischen Bestreben entgegenwirken, die Sprach- und Kulturvermittlung in Europa zugunsten der in anderen Kontinenten zu reduzieren. Sprachliche Begegnung und kultureller Austausch in Europa sind keine 'Selbstläufer', sondern angesichts der bis heute wirkenden nationalstaatlichen Orientierung der EU-Staaten eine besonders wichtige Aufgabe. Der Rückgang der Germanistik gerade in europäischen Ländern ist ein alarmierendes Symptom. Mit entsprechenden Organisationen anderer europäischer Staaten sollte eine noch engere Zusammenarbeit gesucht werden, auch mit dem Ziel, die derzeitige Ausdünnung der wechselseitigen Sprach- und Kulturvermittlung in Europa wieder rückgängig zu machen.
- 10 Deutsche Politiker, Diplomaten und Beamte sollen der Tendenz zur arbeitspraktischen Einsprachigkeit bei den europäischen Behörden und den Organen der Europäischen Union entgegenwirken, dies im Interesse der sprecherstärksten Sprache der EU, mittelbar aber auch der anderen Sprachen der Union.
- 11 Um den administrativ und institutionell verstreuten Interessen und Zuständigkeiten für die deutsche Sprache ein Forum zu geben und auch Vertreter der Medien und der Wirtschaft an der sprachpolitischen Meinungsbildung zu beteiligen, sollte ein ständiger Rat für die deutsche Sprache (vielleicht als 'Deutscher Sprachrat') gebildet werden. Dieser Sprachrat sollte nicht in Konkurrenz, sondern in enger Verbindung mit schon bestehenden zentralen Einrichtungen für die Erforschung und Pflege der deutschen Sprache (IDS, GfdS) wie auch mit wissenschaftlichen Fachverbänden und Mittlerorganisationen eingerichtet werden. Organisatorische und praktische

Anregungen für eine solche Einrichtung sollten weniger bei den traditionellen Sprachakademien etwa in Frankreich oder Spanien als bei den staatlich beauftragten Sprachinstitutionen in Skandinavien und den Niederlanden gesucht werden.

GERHARD STICKEL

Institut für Deutsche Sprache

Postfach 101621

68016 Mannheim